

„Mit uns, nicht über uns“

*Soziale und finanzielle Absicherung
für pflegende Angehörige*

*Beratung, Unterstützung und
Entlastung der häuslichen Pflege*

*Solidarische Erneuerung der
Pflegeversicherung*

**Positionspapier zur
Bundestagswahl 2021**



Was muss sich ändern für eine nachhaltige Verbesserung für pflegende Angehörige? 4

1. Solidarische Erneuerung der Pflegeversicherung 4

2. Soziale und finanzielle Absicherung für pflegende Angehörige 5

Finanzielle Unterstützung während der Pflege

Bessere Vereinbarkeit von Pflege und Beruf

Armutsfeste Altersabsicherung für pflegende Angehörige

3. Beratung, Unterstützung und Entlastung der häuslichen Pflege 7

Neuausrichtung der Pflegeberatung

Ausbau der Kurzzeit-, Tages – und Nachtpflege

Flexible Unterstützung durch ein Entlastungsbudget

Gezielte Unterstützung für pflegende Eltern von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen mit Pflegebedarf

Gezielte Unterstützung für Jugendliche und Kinder mit Pflegeverantwortung

Endlich Mut zur Pflegewende

Positionspapier zur Bundestagswahl 2021 / Stand: Februar 2021

Einleitung

Seit Einführung der Pflegeversicherung ist die häusliche Pflege das Stiefkind der Pflegepolitik. Dabei werden über 80 % der Menschen mit Pflegebedarf zu Hause von knapp 5 Millionen pflegenden Angehörigen gepflegt und betreut¹. Es geht um die größte Pflegesäule in Deutschland!

Gravierende Mängel zeigen sich heute bei der Pflegeinfrastruktur, der Vereinbarkeit von Pflege und Beruf und der sozialen und finanziellen Absicherung pflegender Angehöriger. Der Alltag in der häuslichen Pflege ist häufig von extremer Belastung und Armut bestimmt. An dieser prekären Lage haben auch zahlreiche Pflegereformen nur wenig geändert.

Die Ursachen wurden durch die Corona-Pandemie offengelegt: Besonders die Dominanz von marktwirtschaftlichen Interessen verhindert eine bedarfsgerechte pflegerische Versorgung. Schon im Vorfeld der Corona-Pandemie fehlte es in der häuslichen Pflege an Unterstützung und Entlastung. Umfragen zeigen, daß sich die Situation während der Pandemie weiter zugespitzt hat, sich der Gesundheitszustand von pflegenden Angehörigen massiv verschlechtert hat und die Lebensqualität gesunken ist². Umso fataler war und ist es, dass pflegende Angehörige bei den Corona-Maßnahmen an den entscheidenden Schnittstellen nicht vorkommen (zum Beispiel bei der nationalen Teststrategie).

„Mit uns, nicht über uns“

„Die häusliche Pflege musste 2020 aufgrund der Corona-Pandemie alle Kürzungen der Pflegeunterstützung auffangen. Das bedeutet für Millionen pflegender Angehöriger schwerwiegende zusätzliche Belastungen.

Die oft prekäre Situation in der häuslichen Pflegeunterstützung kann sich nur verbessern, wenn die Stimmen der pflegenden Angehörigen in der gesamten bundesweiten, länderspezifischen und kommunalen Pflegeplanung vertreten sind.

*wir pflegen e.V. fordert alle Pflegeverantwortlichen zu einer systematischen Überprüfung aller Planungsgremien auf, um ab 2021 sicherzustellen, dass repräsentative Vertreter*innen von pflegenden Angehörigen als gleichberechtigte Partner*innen in der Pflege in alle pflegespezifischen Gremien eingeladen werden.“*

November 2020 – einstimmig von der wir pflegen Mitgliedersammlung beschlossen

Was muss sich ändern für eine nachhaltige Verbesserung für pflegende Angehörige?

Pflegende Angehörige dürfen sich von der Politik nicht länger allein gelassen fühlen. Mit Nachdruck fordern wir alle demokratischen Parteien auf, ihre Vision von einer gerechteren und solidarischen Pflegepolitik im Rahmen eines neuen Gesellschaftsvertrags zu formulieren. Die nächste Bundestagswahl muss das Signal für eine Pflegewende geben.

Das vorliegende Positionspapier ist das Ergebnis zahlreicher Diskussionen von und mit pflegenden Angehörigen. Es ist eine realistische Sicht auf die Notwendigkeit einer Pflegewende und zeigt Lösungen auf. wir pflegen e.V. fordert die Parteien auf, die hier zusammengefassten Lösungen und Ansätze in ihren Wahlprogrammen aufzugreifen. Darüber hinaus soll das Positionspapier zu einer breiten und öffentlichen Diskussion einladen. Es geht um die besten Lösungen für die häusliche Pflege. Es geht um einen Paradigmenwechsel zur besseren Unterstützung von pflegenden Angehörigen!

Wir freuen uns über ihre Rückmeldungen und stehen ihnen als Ansprechpartner zur Verfügung.

1. Solidarische Erneuerung der Pflegeversicherung

Menschen mit Pflegebedarf werden viel zu selten bedarfsgerecht versorgt, zu häufig in ihrer Selbstbestimmung eingeschränkt und durch hohe Pflegekosten finanziell überbelastet. Pflegende Angehörige finden kaum Unterstützung, sind von (Alters-)Armut durch Pflege bedroht und zerbrecen an bürokratischen Hürden. Pflege-, Assistenz- und Betreuungskräfte werden schlecht bezahlt, sind von ihren Arbeitsbedingungen frustriert und verabschieden sich viel zu schnell wieder aus dem Pflegeberuf. Die Ökonomisierung der Pflege und das „Teilkasko-Prinzip“ der sozialen Pflegeversicherung stehen einer bedarfsgerechten Versorgung im Weg.

In dieser Situation muss die grundlegende Neuausrichtung der Pflegeversicherung ein zentraler Baustein für eine Pflegewende sein. Dazu gibt es verschiedene Vorschläge. Aktuell wird über den Sockel-Spitze-Tausch (Begrenzung der Eigenanteile) und die Pflegevollversicherung diskutiert. Klar ist: Eine Deckelung der Eigenanteile auf einem Niveau von 700 Euro reicht bei weitem nicht aus. Mit der Initiative gegen Armut durch Pflege unterstützt wir pflegen e.V. die Debatte um die Einführung einer Pflegevollversicherung.

Unsere Lösungen

- > Umfassende Reform der sozialen Pflegeversicherung mit dem Ziel einer größtmöglichen finanziellen und pflegerischen Entlastung von pflegenden Angehörigen



2. Soziale und finanzielle Absicherung für pflegende Angehörige

Finanzielle Unterstützung während der Pflege

44 Prozent der pflegenden Angehörigen haben im Monat weniger als 1.000 Euro zur Verfügung.³ Im häuslichen Pflegealltag gibt es kaum Pausen, freie Wochenenden oder Urlaub. Da das Fehlen von Unterstützungs- und Entlastungsleistungen mit einem durchschnittlichen Pflegeaufwand von 63 Stunden pro Woche einhergeht⁴, müssen viele ihre Erwerbsarbeit reduzieren oder ihren Beruf aufgeben. Für Tausende, die kein ausreichendes Finanzpolster haben, ist Armut durch Pflege vorprogrammiert.⁵ Aus Sicht von wir pflegen e.V. darf häusliche Pflege – eine vom Staat geforderte solidarische Handlung – kein Armutsrisiko sein!

Unsere Lösungen

- > Einführung eines vor Armut schützenden Grundeinkommens für pflegende Angehörige
-

Bessere Vereinbarkeit von Pflege und Beruf

Die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf ist ein wichtiger Schlüssel um (Alters-)Armut und soziale Isolation durch häusliche Pflege zu verhindern. Für pflegende Angehörige sind Pflege und Beruf nicht oder nur unter erschwerten Bedingungen „vereinbar“. Es fehlt die Möglichkeit, selbstbestimmt entscheiden zu können, ob, wie und in welchem Umfang Pflege zu Hause geleistet wird.

Unter diesen Rahmenbedingungen werden pflegende Angehörige zu einem belastenden Spagat gezwungen. Sie müssen die fehlende Pflegeunterstützung auffangen und gleichzeitig ihr Einkommen sichern. Viele pflegende Angehörige sind daher trotz enormer Belastung und auf Kosten ihrer Gesundheit berufstätig, um der Armut zu entgehen.

Wie hoch der Reformbedarf im Pflegezeit- und Familienpflegezeitgesetz ist, verdeutlichen Statistiken zur Inanspruchnahme von Leistungen: Das als Einkommensersatz vorgesehene zinslose Darlehen wurde zwischen 2015 und 2019 nur 921mal ausgezahlt.⁶ Das Pflegeunterstützungsgeld nutzten im Jahr 2019 lediglich 9.000 Menschen.⁷ Diese Zahlen sprechen eine deutliche Sprache. Wir brauchen dringend eine umfassende Vereinbarkeitspolitik für pflegende Angehörige!

Pflegende Angehörige fordern einen Lohnersatz analog zum Elterngeld. Auch der Unabhängige Beirat für die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf unterstützt diese Forderung. Der erste Bericht des Beirats wurde im Juni 2019 an das Bundesfamilienministerium übergeben. Bis heute wurde keine einzige der insgesamt 46 Empfehlungen umgesetzt.⁸

Unsere Lösungen

- > Einführung einer 36-monatigen Lohnersatzleistung für pflegende Angehörige analog zum Elterngeld
 - > Anhebung des Pflegeunterstützungsgeldes von 10 auf 20 Tage pro Jahr
 - > Abschaffung der betrieblichen Schwellenwerte im Pflegezeit- und Familienpflegezeitgesetz
 - > Erhöhung der Krankentage mit Lohnfortzahlung für pflegende Angehörige
 - > Hilfen für kleine Betriebe, um die Rückkehr von Pflegenden aus der Pflegezeit in ihren ursprünglichen Beruf zu ermöglichen
-

Armutsfeste Altersabsicherung für pflegende Angehörige

Die Deutsche Rentenversicherung schreibt in einer Broschüre zur Altersabsicherung von pflegenden Angehörigen „Ihr Einsatz lohnt sich“.⁹ Dabei führt häusliche Pflege zu beträchtlichen Renteneinbußen.¹⁰ Für ein Jahr Pflege im Erwerbsalter erhöht sich die spätere Rente abhängig vom Pflegegrad. Die Beiträge liegen zwischen 8,40 Euro im Pflegegrad 2 und steigen bis auf 31 Euro im Pflegegrad 5. Allerdings sinken die Rentenbeiträge um 15 bis 30 Prozent, wenn Kombi- oder Sachleistungen in Anspruch genommen werden. Für pflegende Angehörige in Ostdeutschland fallen die Beiträge insgesamt niedriger aus.

Da der Betreuungs- und Pflegeaufwand auch in den unteren Pflegegraden hoch ist und Beruf und Pflege sich nur schwer vereinbaren lassen, sinken von Jahr zu Jahr die Rentenanwartschaften von pflegenden Angehörigen bis hin zur drohenden Altersarmut.

Die Grundrente enthält zwar den richtigen Ansatz einer Aufwertung der Rente durch eine längere Pflegezeit, doch werden pflegende Angehörige aufgrund der zu niedrigen Grundrente nicht wirksam vor Altersarmut geschützt. Wer über Jahre hinweg Pflege leistet, darf auch im Alter nicht von Armut bedroht sein.

Unsere Lösungen

- > Einführung einer armutsfesten Mindestrente für pflegende Angehörige
- > Einzahlung von Beiträgen in die Rentenkasse für pflegende Angehörige im Rentenalter
- > Abschaffung der Kürzung von Rentenbeiträgen bei Inanspruchnahme von Unterstützungsleistungen
- > Anhebung der Rentenbeiträge für Pflegepersonen in Ostdeutschland auf das Niveau der Rentenbeiträge für Pflegepersonen in Westdeutschland



3. Beratung, Unterstützung und Entlastung der häuslichen Pflege

Neuausrichtung der Pflegeberatung

Pflegende Angehörige brauchen eine verlässliche, qualifizierte und begleitende Beratung. Nicht nur bei Eintritt der Pflegebedürftigkeit, sondern für die gesamte Pflegesituation.

Bisher werden Betroffene mehr informiert als beraten. Der Wunsch pflegender Angehöriger nach sozialer Teilhabe, emotionaler Unterstützung, einer Ethikberatung, Entlastung und finanzieller Sicherheit kommt in der Pflegeberatung nur selten zur Sprache. Gerade aufgrund des hohen Pflegeaufwands muss die Selbstbestimmung und Selbstverwirklichung pflegender Angehöriger besonders gestärkt werden. Wichtige Leistungen zur Pflegeunterstützung oder Fort- und Weiterbildungsangeboten bleiben aufgrund fehlender Informationen und wegen mangelnder Transparenz im Pflegesystem ungenutzt. Flächendeckende Qualitätsstandards, regionale, transparente, barrierefreie und niedrigschwellige Beratungsstrukturen und insgesamt mehr Pflegeberater*innen (besonders in den Pflegestützpunkten) können helfen.

Die nächste Bundesregierung muss gemeinsam mit den zuständigen Bundesländern bundesweit einheitliche Standards entwickeln.

Unsere Lösungen

- > Weiterentwicklung der Pflegeberatung zu einer zugehenden, unabhängigen und neutralen Sozial- und Pflegeberatung aus einer Hand
- > Flächendeckender Ausbau von Pflegestützpunkten für eine wohnortnahe Pflegeberatung und Einführung von bundesweit verbindlichen Qualitätsstandards mit einem Fokus auf die soziale Teilhabe pflegender Angehöriger
- > Einführung von unabhängigen Ombudsstellen für Widersprüche gegen Entscheidungen des MDK

Ausbau der Kurzzeit-, Tages – und Nachtpflege

Statt eines erforderlichen Ausbaus der Kurzzeitpflege werden Einrichtungen mit Kurzzeitpflegeplätzen sogar gekürzt! Bundesweit ist die Anzahl an Einrichtungen, die Kurzzeitpflege anbieten, zwischen 2011 und 2017 von 1.673 auf 1.205 gesunken. Im gleichen Zeitraum sind allein in der häuslichen Pflege 800.000 Menschen mit Pflegebedarf hinzugekommen. Ein Grund für die sinkenden Zahlen ist das wirtschaftliche Risiko für die Träger von Kurzzeitpflegeeinrichtungen. Die Auslastung von Einrichtungen mit Kurzzeitpflege unterliegt Schwankungen und nicht belegte Plätze führen zu finanziellen Einbußen. Der so entstandene Mangel an Kurzzeitpflegeplätzen bedeutet für pflegende Angehörige lange und unplanbare Wartezeiten von über einem Jahr. Dadurch fehlen wichtige Hilfe und Unterstützung in Notfällen, wenn der/die pflegende Angehörige zum Beispiel krankheitsbedingt ausfällt.

Die Zahl der Tagespflegeeinrichtungen ist in den letzten Jahren zwar gestiegen, doch für eine flächendeckende Versorgung sind weitere Anstrengungen erforderlich. Angebote einer Nachtpflege existieren in Deutschland fast ausschließlich auf dem Papier. Insbesondere in ländlichen Räumen stehen kaum Angebote zur Verfügung.

Wir fordern daher einen von Bund und Ländern initiierten Maßnahmenplan, um die Kurzzeit-, Tages- und Nachtpflege massiv und bedarfsorientiert auszubauen. Die Verantwortung darf nicht länger zwischen den politischen Ebenen hin und her geschoben werden. Die Bundesländer müssen den Ausbau der unterstützenden Pflegeinfrastruktur überhaupt und stärker fördern. Hierfür braucht es klare Akzente auf der Bundesebene.

Unsere Lösungen

- > Ein zwischen Bund und Ländern abgestimmtes Förderprogramm zum Ausbau von altersgerechten Kurzzeit-, Tages- und Nachtpflegeplätzen
 - > Einführung einer verbindlichen Quote an Kurzzeitpflegeplätzen in stationären Pflegeeinrichtungen (flächendeckende eingestreute Kurzzeitpflege)
 - > Angemessene Vergütung der Vorhaltekosten für Kurzzeitpflegeplätze
 - > Einführung einer bundesweiten digitalen und analogen Plattform zur Auskunft und Vermittlung von freien Plätzen in der Kurzzeit-, Tages- und Nachtpflege
 - > Förderprogramm zur Entwicklung von bedarfsgerechten Alternativen zur stationären Kurzzeitpflege (neue Pflege- und Wohnkonzepte)
-

Flexible Unterstützung durch ein Entlastungsbudget

Im Koalitionsvertrag von CDU/CSU und SPD wurde die Einführung eines Entlastungsbudgets vereinbart. Die unterschiedlichen Leistungstöpfe, Kombinationsmöglichkeiten, Höhen, Fristen, Antrags- und Dokumentationspflichten sind für pflegende Angehörige unpraktikabel, unflexibel und bürokratisch. Es braucht mehr Flexibilität, weniger Bürokratie und die Möglichkeit, selbstbestimmt über die Art der Versorgung zu entscheiden. Wie vorgesehen, müssen in einem Entlastungsbudget mindestens die zentralen Säulen der Entlastung pflegender Angehöriger, Kurzzeit-, Verhinderungs- und Tagespflege, zusammengeführt werden.

Der Vorschlag des Bundesgesundheitsministeriums für eine Pflegereform 2021, in dem das Entlastungsbudget nur noch die Kurzzeit- und Verhinderungspflege in einer Höhe von 3.300 Euro umfasst, greift viel zu kurz und bedeutet für pflegende Angehörige, die dringend auf echte Unterstützung warten, wieder nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Auch kritisiert wir pflegen e. V. den Vorstoß des Bundesgesundheitsministeriums scharf, den Leistungssatz für stundenweise Verhinderungspflege auf 40 Prozent zu begrenzen und die übrigen 60 Prozent nur für den Fall eines längeren Ausfalls der Pflegeperson (Ersatzpflege) bereitzustellen. Jede Regelung, mit der die für häusliche Pflege unabdingbare Verhinderungspflege gekürzt werden soll, lehnt wir pflegen e.V. entschieden ab. Statt Kosteneinsparungen durch die Hintertür braucht es eine echte Pflegewende!

Unsere Lösungen

- > Einführung eines Entlastungsbudgets bestehend aus den Leistungen der Kurzzeit-, Verhinderungs- und Tagespflege, dem Entlastungsbetrag und der Pflegehilfsmittelpauschale
-

Gezielte Unterstützung für pflegende Eltern von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen mit Pflegebedarf

Obwohl zahlreiche junge Menschen und Kinder pflegebedürftig sind, tauchen pflegende Familienangehörige (vor allem Eltern) von jungen pflegebedürftige Menschen trotz ihrer besonderen Bedarfe und Herausforderungen im Pflegesystem bisher kaum auf.

Aufgrund fehlender Unterstützung ist die familiäre Situation besonders angespannt. Nicht selten sind pflegende Eltern alleinerziehend und müssen die Pflege und Betreuung ihres Kindes weitgehend alleine leisten. Viele berichten, dass sie vor einem sozialen, finanziellen und emotionalen Abgrund stehen.

Verlässliche Betreuungs- und Entlastungsangebote sind für Eltern, die oft über Jahrzehnte Pflege leisten, zwingende Voraussetzung, um eine Berufstätigkeit ausüben zu können und nicht sozial ausgegrenzt zu werden.

Unsere Lösungen für pflegende Eltern, Kinder und junge Menschen mit Pflegebedarf

- > Entwicklung spezifischer, altersgerechter und qualitätsgesicherter Wohn-, Schul-, Pflegeentlastungs- und Beratungsangeboten unter verpflichtender Beteiligung von Selbsthilfe- und Betroffenenverbänden durch entsprechende Förderprogramme.
- > Sicherung des Wunsch- und Wahlrechtes durch die Einführung einer Entwicklungs- und Versorgungsplanung unter verpflichtender, gleichberechtigter Beteiligung der Eltern und aller für die Versorgung relevanten Akteure unabhängig vom Alter von jungen Menschen mit Pflegebedarf.
- > Stärkung der Prävention und Rehabilitation für pflegende Eltern z.B. durch Zugang zu Mutter/Vater-Kind-Kuren auch für Familien mit Kindern mit hohem Pflegebedarf, Förderung von Arbeitgebern mit speziellen Entlastungsprogrammen für pflegende Eltern sowie bevorzugtem Zugang zu (Fach)Ärzten.
- > Automatischer Pflegegrad 1 bei Erkrankung des Kindes ab Geburt
- > Finanzielle und soziale Absicherung pflegender Eltern auch bei Inanspruchnahme von Entlastungsangeboten, z.B. durch Fortzahlung des Pflegegeldes bei Krankenhausaufenthalten Kurzzeitpflege und Hospizpflege von Kindern und jungen Erwachsenen mit Pflegebedarf oder bei Kombinationsleistung (Rentenversicherung). (finanzielle Absicherung bei eigener Erkrankung)
- > Bürokratie Entlastung der Familien bei der Hilfsmittelbeschaffung, z.B. durch Umkehrung der Beweispflicht bzgl. verordneter Hilfsmittel (Kassen müssen fachlich begründen warum ein verordnetes Hilfsmittel nicht übernommen wird).



Gezielte Unterstützung für Jugendliche und Kinder mit Pflegeverantwortung

Rund 480.000 Kinder und Jugendliche zwischen 10 und 19 Jahren pflegen und betreuen ihre Eltern, Geschwister oder Großeltern. Damit sitzen in jeder Schulklasse in Deutschland bis zu zwei pflegende Kinder und Jugendliche.¹¹ Gerade für sie fehlt eine altersgerechte Beratung und Unterstützung. Die Initiative „Young Helping Hands“ fordert daher unter anderem eine stärkere öffentliche Sensibilisierung.

Weitere Lösungen für Kinder und Jugendliche mit Pflegeverantwortung

- > Breite öffentliche Kampagnen zur Sensibilisierung in Schulen, Ausbildungsstätten und Hochschulen
- > Modellprojekte zur ganzheitlichen Beratung und Unterstützung pflegender Jugendlicher.



- 1 **Destatis: Pressemitteilung Nr. N083 vom 18. Dezember 2020**
https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2020/12/PD20_N083_224.html (18.12.2020)
- 2 **Rothgang, Heinz et al. (2020): Zur Situation der häuslichen Pflege in Deutschland während der Corona-Pandemie**
https://www.socium.uni-bremen.de/uploads/Schnellbericht_Befragung_pfleger_Angehoriger_-_print.pdf (15.12.2020)
- 3 **Rothgang, Heinz & Müller, Rolf (2018): Barmer Pflegereport 2018**
<https://www.barmer.de/blob/170372/9186b971babc3f80267fc329d65f8e5e/data/dl-pflegereport-komplett.pdf> (15.12.2020)
- 4 **Hielscher, Volker et al. (2017): Pflege in den eigenen vier Wänden: Zeitaufwand und Kosten**
https://www.boeckler.de/pdf/p_study_hbs_363.pdf (15.12.2020)
- 5 **Knauth, Katja & Deindl, Christian (2019): Altersarmut von Frauen durch häusliche Pflege, Gutachten im Auftrag des SoVD**
https://www.sovd.de/fileadmin/downloads/broschueren/pdf/Gutachten_Altersarmut_2020_barrierefrei.pdf (15.12.2020)
- 6 **FDP-Bundestagsfraktion (2019): Kleine Anfrage – Wirksamkeit des Gesetzes zur besseren Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf, Drucksache 19/11213**
- 7 **Ärzteblatt online (06.08.2020): Pflegeunterstützung wird kaum genutzt**
<https://www.aerzteblatt.de/nachrichten/115370/Pflegeunterstuetzung-wird-kaum-genutzt>
- 8 **Unabhängiger Beirat für die Vereinbarkeit von pflege und Beruf (2019): Erster Bericht**
https://www.wege-zur-pflege.de/fileadmin/daten/Beirat/Erster_Bericht_des_unabhaengigen_Beirats_2019.pdf (15.12.2020)
- 9 **Deutsche Rentenversicherung: Rente für Pflegepersonen: Ihr Einsatz lohnt sich**
https://www.deutsche-rentenversicherung.de/SharedDocs/Downloads/DE/Broschueren/national/rente_fuer_pflegerpersonen.html
(15.12.2020)
- 10 **Birkwald, Matthias W. - Bundestagsfraktion DIE LINKE (2018): Die Pflege von Angehörigen darf kein Armutsrisiko mehr sein! Rentenplus für pflegende Angehörige reicht nicht aus!**
https://www.linksfraktion.de/fileadmin/user_upload/PDF_Dokumente/1807-Pflege-Auswertung_MWB.pdf (15.12.2020)
- 11 **Metzing, Sabine et al. (2017): Abschlussbericht zum Projekt „Die Situation von Kindern und Jugendlichen als pflegende Angehörige“.**
https://www.bundesgesundheitsministerium.de/fileadmin/Dateien/5_Publikationen/Pflege/Berichte/Abschlussbericht_KinderundJugendlichepflegAngeh.pdf (15.12.2020)

wir pflegen!

Interessenvertretung und Selbsthilfe
pflegender Angehöriger e.V.

kontakt@wir-pflegen.net
Alt-Moabit 91 · 10559 Berlin
Telefon 030. 4597 5750



Stimme der pflegenden Angehörigen

wir pflegen e.V. ist als bundesweite Interessenvertretung und Selbsthilfeorganisation die Stimme der pflegenden Angehörigen in Deutschland. 80,2 % aller pflegebedürftigen Menschen werden familiär versorgt, mit einer durchschnittlichen Pflegeleistung von 63 Stunden/Woche.

Engagement auf vielen Ebenen

Wir setzen uns ein für Verbesserungen in der häuslichen Pflege: pflegepolitisch und über die Selbsthilfeunterstützung, auf Länderebene und in den Kommunen, bundesweit und mit Eurocarers auch auf europäischer Ebene. Seit vielen Jahren tragen wir die Stimmen der Betroffenen über Presse und Medien an die Öffentlichkeit und an die Politik.

Mitmachen und Mitgestalten

Werden Sie Mitglied bei wir pflegen, denn unsere Bewegung lebt vom Engagement und der Unterstützung von pflegenden Angehörigen, Freunden und Akteuren in der Pflege. Gemeinsam sind wir stark.

kontakt@wir-pflegen.net / wir-pflegen.nrw
/ wir-pflegen-thueringen.de

